Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr 41 | Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis: monatl. 900.— Mk. ohne Bestellgeld. | Halver Dienstag, den 27. Februar 1923 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 25.— Mk., im Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 100.— Mk., Offerten-Besorgung 100.— Mk. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichstag nahm das Notgesetz in zweiter und dritter Lesung an.

* Entsprechend den Beschlüssen des Vertrauensausschusses des Deutschen Volksopfers ist in der vergangenen Woche über eine Milliarde Mark zur Überweisung an Notleidende in dem Einbruchs- und altbesetzten Gebiete ausgeschüttet worden.

* Die Franzosen haben in Bochum die Stadtverordnetenversammlung auseinandergejagt und die Handelskammer vollständig ausgeplündert.

* Das Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie Geheimrat Bücher erklärte in einem Vortrage, das Ziel des deutschen Widerstandes sei, als Gleichberechtigter mit Frankreich über eine vernünftige wirtschaftliche Lösung des Reparationsproblems zu verhandeln.

* Die landwirtschaftliche Woche in Berlin beendete ihre Beratungen, wobei Reichsernährungsminister Dr. Luther eine Rede hielt.

Um unser Dasein.

Mancherlei Leute, namentlich aus dem Auslande, erzählen uns, die ganze Ruhraktion wäre ein abgekartetes Spiel des deutschen und französischen Kapitalismus im Bunde mit dem französischen Militarismus. Alle drei im trauten Verein hätten nur das eine Ziel, den deutschen Arbeiter zum Sklaven zu machen. Und dieses deutschen Arbeiters verflixte Pflicht und Schuldigkeit wäre es, jetzt einmal den — deutschen Kapitalismus niederzuschlagen, anstatt sich mit ihm zu verbünden gegen die Franzosen. Das würde den Sozialisten in den anderen Ländern ein großartiger Ansporn sein. Freilich, helfen könnten sie uns dabei nicht. Der Vorwärts, das sozialistische Zentralorgan, fertigte all dieses Gerede kühl und trocken ab, daß der Feind des deutschen Arbeiters jetzt der französische Militarismus wäre. Nichts anderes.

Damit ist die Erkenntnis bekundet, daß es sich beim Kampf an der Ruhr, am Rhein und an der Saar in erster Linie um machtpolitische, nicht um wirtschaftliche Ziele handelt. Daß hier Macht gegen Macht steht, der Vernichtungswillen gegen das Deutsche Reich auf der einen, der Willen zur Selbsterhaltung auf der anderen Seite. Da kann es zwischen den beiden Kämpfern gar keine „Verständigung" geben, weil es keinen gemeinsamen Boden gibt, auf den beide Parteien treten können. Verständigung ist nur möglich zwischen Gleichberechtigten, nicht zwischen Herrn und Sklaven. Und deutlich, zynisch offen wird jetzt von Frankreich betont, daß das Ziel des Kampfes die restlose Versklavung Deutschlands sei. Das ist fast dankenswert.

Damals in den Monaten Februar bis Mai 1919, als „die großen Vier" die Bestimmungen durchberieten, die nachher den „Frieden" von Versailles bildeten, hatte Clemenceau, der „Tiger", hatte Frankreich sein Ziel nicht ganz erreicht: nicht den rheinisch-westfälischen „Pufferstaat", nicht die sofortige politisch-wirtschaftliche Versklavung Deutschlands, zu der allerdings dieser Frieden recht gute Werkzeuge bot. Denn störend wirkte der Engländer, störend der Amerikaner. Jetzt aber ist man unter sich, braucht keine Rücksichten auf diese beiden zu nehmen. Die Londoner „Times" berichten aus Paris, als das wichtigste Ergebnis der soeben beendeten französisch-belgischen Beratungen, man sehe nach „Niederwerfung des deutschen Widerstandes" die günstigste Gelegenheit dafür gekommen, „die Schäden des alten Vertrages zu revidieren". Man werde „nach Schluß der augenblicklichen Operation" einen neuen „Vertrag" zwischen Frankreich, Belgien, Italien schaffen, wodurch Frankreich das erhalten werde, „was ihm in den früheren Verträgen vorenthalten worden sei". Das heißt natürlich nichts anderes, als daß man Deutschland einfach alles auferlegt, was Frankreich wollte und will; denn dann ist ja Poincaré unumschränkter Herrscher über den Kontinent; wie 1807 soll, damals offen, jetzt aber auch mit deutlichster Spitze gegen England, der neue politisch-wirtschaftliche Kontinentalbund geschaffen werden. Und Deutschland soll darin dieselbe Rolle spielen wie Preußen vor 115 Jahren, als Napoleon in Tilsit stand. Man wird nicht bescheiden sein, wird den Versailler Vertrag behandeln als a scrap of paper, als einen „Fetzen Papier". Man sagt es ganz offen. Die französischen Handels- und Industrieverbände haben durch ihren Vorsitzenden Dubois — es ist der frühere Präsident der Reparationskommission — erklären lassen, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, um die Saarfrage zu „lösen". Denn jetzt werde das Reparationsproblem in seiner Gesamtheit aufgerollt werden. Diese „Lösung" soll natürlich nichts anderes heißen als Lostrennung des Saargebietes von Deutschland, Beseitigung all der dürftigen Rechte, die uns aus dem Versailler Vertrag für das Saargebiet noch blieben. Denn deutsche Rechte — das sind doch nichts anderes als französische „Schäden". Eine reichhaltige Liste darüber haben ja Poincaré und seine Vorgänger aufgestellt. Schäden des Vertrages, durch die die „Sicherheit Frankreichs" gefährdet werde. Und es ist seit 1866 ein französisches Dogma, daß Frankreich solange „gefährdet" bleibt, als ein Preußen-Deutschland überhaupt als selbständiger Staat besteht. Der französische Politiker Tardieu und die Seinen haben ja immer betont, daß Frankreich 1919 „um die Früchte seines Sieges betrogen" worden sei; jetzt will man sie pflücken.

Wer sollte Poincaré und die französische Nation, die hinter ihm steht, daran hindern? Immer deutlicher wird der machtpolitische Gegensatz zwischen dem von Frankreich geführten europäischen Kontinent — nur Rußland bleibt draußen — auf der einen, dem anglo-amerikanischen Machtkomplex auf der anderen Seite. Wird England zu einer Entwicklung stillschweigen, die es in den 20 Jahren des napoleonischen Krieges solange bekämpft hat, bis der Schöpfer dieses Gedankens auf St. Helena saß?

Nur Toren ließen sich täuschen, als der Feindbund verkündete, er ziehe in den Kampf gegen Deutschland zur „Verteidigung des Rechts und der Zivilisation". Schwarze hausen im Rheinland und Ruhrgebiet als Träger dieser Art französischer „Zivilisation" und die „Sieger an der Ruhr" wollen nun auch das „Recht" beseitigen, das sie doch selbst in Versailles klügelnd geschaffen haben. Im Namen dieses Vertrages rückten sie in Deutschland hinein und werfen ihn zum alten Eisen, sobald sie glauben, ihre Ziele weiter stecken, besser gesagt, das aussprechen zu können, was sie immer gewollt haben.

Mit ihnen gibt es keine „Verständigung". Das muß gesagt werden, weil nur das Bewußtsein, im Ruhrgebiet kämpfen wir um das Leben oder Sterben Deutschlands einen Kampf, in dem kein Pardon gegeben wird, die besten Kräfte unseres Volkes auslösen wird. Und ein Volk, das vier Jahre hindurch einer Welt von Feinden Widerstand geleistet hat, bewies dadurch und beweist in neuem Widerstand noch täglich, daß es Großes zu leisten imstande ist, wenn es um sein Dasein kämpft.

*

England winkt ab!

Gegen die französischen Pläne regt sich scharfer Widerspruch in England. Das in guten Beziehungen zur Regierung stehende Blatt „Daily Telegraph" schreibt, daß hinter den geschilderten französischen Absichten nichts anderes stecke als versteckte Annexion. Ein derartig neuer Vertrag würde den Versailler Vertrag nicht ergänzen, sondern ihn zerstören, denn nach dem Versailler Vertrag könne keine allgemeine und endgültige Reparationsregelung erfolgen, außer durch einstimmige Billigung der in der Reparationskommission vertretenen Mächte, zu denen Großbritannien gehöre. Es sei auch völlig unbegründet, daß die augenblickliche italienische Regierung mit einem Separatvertrag dieser Art in Verbindung gebracht werde.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Reichspräsident an die Stadt Bochum.

Reichspräsident Ebert hat an den Bürgermeister der Stadt Bochum folgendes Telegramm gerichtet: „Mit tiefem Abscheu habe ich von den erneuten Bluttaten französischer Truppenabteilungen gegen wehrlose und friedliche Menschen und den wiederholten Plünderungen Meldung erhalten. Den Hinterbliebenen des Ermordeten und den Verletzten bitte ich meine herzliche Teilnahme und die Zusicherung zu übermitteln, daß nach besten Kräften für sie, die das Opfer blinder Brutalität geworden sind, gesorgt wird."

Unsere Kohlenversorgung.

Mit Bezugnahme auf französische Behauptungen über Kohlenmangel in Deutschland hat sich der Reichskohlenkommissar erneut dahin geäußert, daß unsere Kohlenversorgung natürlich mit Hilfe starker Einschränkungen und Einfuhren usw., von der Gefahr eines Erlahmens überhaupt nicht bedroht ist. Es wirken dabei mit, daß Reparationskohlen zurzeit nicht geliefert werden, daß Kohlen aus dem Ausland gekauft werden und außerdem durch Überarbeit in den unbesetzten Gebieten die Bestände vermehrt werden. Auch die gewaltige Verteuerung kommt dabei in Betracht, die einen geringeren Verbrauch zwangsmäßig herbeigeführt hat, was ja an und für sich eine weniger erfreuliche Erscheinung ist.

Fünf Millionen Frank an die Repko.

Zu einer Meldung der „Chicago Tribune", daß die deutsche Regierung an die Reparationskommission 10 Millionen Goldmark für laufende Ausgaben gezahlt habe, wird von zuständiger Seite erklärt, daß am 19. Februar die Zahlung von 5 Millionen Papierfrank von der deutschen Regierung an die Reparationskommission für laufende Ausgaben tatsächlich erfolgt ist, da die Reichsregierung bekanntlich auf Grund des Versailler Vertrages für die Ausgaben der Reparationskommission aufzukommen hat und der Verkehr mit der Kommission, wie bekannt, auch unter den gegenwärtigen Umständen aufrechterhalten wird, da es sich nicht um eine französische, sondern eine interalliierte Körperschaft handelt.

Gegen die französische „Rechtsmoral".

Im bayerischen Landtag wurden bei der Beratung des Justizetats auch die Gewalttaten der Franzosen im besetzten Gebiete scharf verurteilt. Abg. Dr. Müller (Dem.), der frühere Justizminister, führte aus: Die nackte Gewalt tritt hier an die Stelle des Rechts, und was das Völkerrecht sogar für den Krieg vorschreibt, wird von Frankreich im Frieden mißachtet. Den Höhepunkt des französischen Gerichtssadismus stellt die Verordnung der Rheinlandkommission dar, die reichsdeutsche Beamte mit hoher Strafe bedroht, welche Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen der Besatzungsbehörde unterstützen. Eine Rechtsmoral, welche die Vaterlandsliebe schändet und die Beamten zu Verrätern am eigenen Volke machen will, zeigt die Demoralisation eines ganzen Volkes. Der jetzige Justizminister Gürtner fügte zu diesen Äußerungen hinzu: Es kann keine geschriebenen oder ungeschriebenen Rechte geben, die irgend einen Menschen zwingen, gegen die Ehre seines Landes zu handeln.

Rußland.

× **Aufgaben der Roten Armee.** Über Lettland wird aus Moskau gemeldet: Trotzki veröffentlicht Erklärungen über die Aufgaben der Roten Armee und sagt, daß die Aufrechterhaltung der Roten Armee nötig sei, da die revolutionäre Entwicklung in Europa plötzlich in Sturmschritt übergehen könne. Für diesen eventuellen Kampf müsse Rußland bereit sein.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die ukrainische Gesandtschaft in Berlin soll mit der russischen Gesandtschaft in Berlin verschmolzen werden. Die so geschaffene Organisation soll eine einheitliche politische Vertretung der verbündeten sozialistischen Sowjetrepubliken darstellen.

Leipzig. Der Reichspräsident teilte dem Leipziger Meßamt mit, er sei bereit, der Einladung zum Besuch der Frühjahrsmesse zu folgen, wenn seine Dienstverpflichtungen ihm gestatten, Berlin in den Messetagen zu verlassen.

Wien. Die Quoten der österreichischen Anleihe, welche die Banken zu übernehmen sich bereit erklärt haben, sind die folgenden: England 1,8 Millionen Pfund Sterling, Frankreich 60 Millionen Frank, Holland 6 Millionen Gulden, Belgien 8,5 Millionen Frank, Schweiz 5 Millionen Frank und Schweden 100 000 Kronen.

Dublin. In einer Vorstadt von Dublin ist eine große Anzahl von Irregulären verhaftet worden, unter denen sich auch hervorragende Republikaner befinden.

Reval. Nach einer Meldung aus Moskau wurde Lenin, der offenbar andauernd schwer krank ist, aus Moskau fortgebracht.

Moskau. Tschitscherin hat an die britische, französische und italienische Regierung eine Protestnote gegen die getroffene Regelung der Memelfrage gerichtet. Eine Abschrift dieser Note ist der deutschen Regierung übermittelt worden. Die Note besagt, daß der Versuch, diese Frage ohne Anhörung Rußlands und seiner Verbündeten zu lösen, neue internationale Konflikte heraufbeschwöre.

Preußischer Landtag.

(211. Sitzung.) tt. Berlin, 24. Februar.

Das Haus erledigte Sonnabend einige kleine Vorlagen und setzte darauf die Beratung des Haushalts der Landwirtschaftsverwaltung fort. Die Redner der Deutschnationalen Abg. Wende und des Zentrums Abg. v. Papen wandten sich besonders gegen die Umlage. Der Redner der Deutschnationalen verlangte die völlige Beseitigung des Umlageverfahrens. Auch Abg. Schiftan (D. Volksp.) ist gegen die Getreideumlage. Die Steigerung der Kohlenpreise und der Frachttarife hemme die landwirtschaftliche Produktionsförderung. Der Redner wünscht Auskunft über den Aufgabenkreis des von der Reichsregierung gegründeten Handelskonzerns mit Getreide und über die zukünftige Getreidewirtschaft.

Abg. Kilian (Komm.) macht den Kapitalisten und besonders den Landwirten den Vorwurf, sie benutzten den Ruhreinfall nur als nationalistische Kulisse, um dahinter ungestört das Volk auszuplündern. Abg. Richtarsky (Zentr.) fordert Aufhebung der Getreideumlage. Abg. Schäfer-Goldberg (Deutschnatl.) bedauert, daß immer wieder das Haßlied gegen die Landwirtschaft angestimmt werde. Er fordert Kultivierung der Moor- und Ödländereien. Dann vertagte sich das Haus auf Montag.

Bochumer Stadtverordnete verhaftet

Dreiundzwanzig Verhaftungen.

Die Franzosen haben in Bochum unter Aufwendung von 10 Tanks und zwei Lastkraftwagen die Stadtverordnetenversammlung aufgehoben. Festgenommen wurde der Oberbürgermeister, 4 besoldete Stadträte und 18 Stadtverordnete. Bei den Stadtverordneten handelt es sich nur um solche, die nicht Vertreter der Arbeitnehmer sind. Ein Offizier trat an jeden der anwesenden Herren mit der Frage heran, ob er sich verpflichte, alles das zu liefern, was die Franzosen durch Requisitionen nicht erreichen könnten. Die Frage wurde natürlich ausnahmslos verneint. Darauf wurden die Anwesenden gewaltsam aus dem Sitzungssaale getrieben.

Zum Protest gegen das Vorgehen gegen die Stadtverordnetenversammlung haben die Gewerkschaften beschlossen, den Generalstreik zu erklären.

*

Die Plünderung der Handelskammer.

Eine starke französische Truppenabteilung erstürmte in der Nacht das Gebäude der Handelskammer in Bochum. Die Kassen- und Panzerschränke der Handelskammer wurden gesprengt, sämtliche Schränke und Schreibtische aufgebrochen und ihr Inhalt an Akten und dergleichen teils fortgebracht, teils auf der Straße zerstreut. Die Vorhänge und Gardinen wurden von den Fenstern gerissen, die Teppiche, soweit sie nicht mitgenommen wurden, vollständig zerschnitten und die Bilder zerfetzt und zerkratzt. Aus der Privatwohnung des Syndikus wurde eine Anzahl von Ledersesseln mitgenommen. Die Franzosen zogen schließlich in aller Frühe mit zahllosen Wagenladungen der aus der Handelskammer geraubten Möbel und Ausstattungsstücke, Teppiche sowie Lebensmittel ab. Das ganze Handelskammergebäude ist bis auf die kahlen Wände restlos ausgeplündert.

Lloyd George zur Ruhrfrage.

Das „voreilige" französische Unternehmen.

Im Verlauf seiner Artikelreihe über die Zukunft Europas hat Lloyd George nun auch die Ruhrfrage eingehend behandelt. Er kritisiert den Einmarsch als ein verfehltes und vor allem verfrühtes Unternehmen und bedauert, daß die verschiedenen Gelegenheiten, die Reparationsfrage anders zu lösen, verpaßt worden sind.

Er stellte zunächst fest, daß der voreilige Schlag der Franzosen offenbar fehlgeschlagen ist, daß aber nun alle französischen Staatsmänner aus Gründen des nationalen Ansehens diese Politik unterstützen, obwohl sie sie für unvernünftig halten. Die öffentliche Meinung in Frankreich sei aber gegen diese Politik eingenommen, wie sich aus dem Ergebnis der verschiedenen Nachwahlen zur französischen Kammer erkennen lasse. Man habe jetzt in Paris eine neue Politik improvisiert. Sie bestehe in nichts weniger als in der Besetzung Deutschlands. Sechzig Millionen Deutscher

sollen durch Entbehrungen zur Übergabe gezwungen werden. Das sei ein langwieriges Unternehmen, denn in Deutschland sind alle Klassen im Widerstand einig. Er selbst habe stets die Vorschläge unterstützt, deren Wirkung die Hinausschiebung einer Entscheidung mit Bezug auf die Ruhr gewesen ist. Aufschub würde schließlich die Niederlage der Chauvinisten bedeutet haben. Auf der Konferenz von Genua habe Deutschland durch den Abschluß des Rapallovertrages die Verständigung vereitelt. Auf der Bankierkonferenz und bei der letzten Pariser Zusammenkunft aber schreibt er in etwas undeutlicheren Worten die Schuld am Fehlschlage den Franzosen zu. Vor allem erklärt er es für unverständlich, daß man vor der Pariser Konferenz den Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs Hughes, die Reparationsfrage noch einmal zu prüfen, nicht beachtet habe.

Lloyd George schließt seinen bedeutsamen Aufsatz mit Bezug auf das amerikanische Angebot mit den vielsagenden Worten: „Wieder eine versäumte Gelegenheit, vielleicht die größte, vielleicht die letzte. Nie hat das Schicksal sich so viel Mühe gegeben, die Dummheit zu retten. Aber das Schicksal verliert leicht die Geduld, und dann pflegt es harte Schläge zu versetzen." — Es ist klar, daß Lloyd George von dieser „Dummheit" ein gerütteltes Maß voll auch in Paris zu finden glaubt, wo man seine eigene Politik stets durchkreuzt hat.

Französische Gesinnungsheuchelei.

Reden Doumergues und Millerands.

Die Franzosen bemühen sich eifrig, ihren allzu offenkundigen Schandtaten im Einbruchsgebiet durch tönende Reden ihrer Staatsmänner ein moralisches Mäntelchen umzuhängen.

So hielt jetzt der neugewählte Vorsitzende des Senats, Doumergue, eine Rede, in der er erklärte, Frankreich hätte bis in die letzte Zeit hinein, um seine friedliche Gesinnung zu beweisen, und Deutschland nach Möglichkeit zur Erfüllung des Vertrages von Versailles zu veranlassen, nur eine Politik des Entgegenkommens und der Geduld gezeigt. Kürzlich habe es bemerkt, daß diese Politik ihm selbst zum Schaden gereiche. Da habe es sie durch eine andere „energischere" ersetzen müssen. Wenn diese Politik wirksam sein solle, bedürfe sie einer energischen Unterstützung. Es handele sich um die Verteidigung der französischen Lebensinteressen und des französischen Rechts. Doumergue beklagte dann, daß die früheren Verbündeten auf diesem Wege nicht mitgehen und sagte: Gäbe es eine größere Ungerechtigkeit, als wenn Frankreich der Reparationen beraubt würde, die ihm feierlichst versprochen worden sind und auf die es nicht verzichten könne?

Auch der Präsident Millerand ließ sich vernehmen und sagte bei einem Festmahle, die Vorgänge an der Ruhr hätten der Welt die Hintergedanken verraten, die Deutschland hege. Frankreich sei von jedem Gedanken der Eroberung und Annexion entfernt, es sei aber fest entschlossen, die Sicherheit zu gewährleisten, um die nach den Verträgen ihm zustehenden Reparationen sicherzustellen. Frankreich werde sich durch nichts von seinem Ziele abbringen lassen. Kein Volk in der ganzen Welt habe seit Beendigung der Feindseligkeiten einen größeren Beweis für seine moralische Gesundheit und sein Gleichgewicht gegeben als das französische. Deshalb habe Frankreich Abscheu vor Gewalt.

Daß Frankreich vor der Gewalt Abscheu habe, ist eine Behauptung, die angesichts der französischen Gewalttaten am Rhein und im Ruhrgebiet im Munde des Präsidenten seltsam klingt. Tatsachen können wohl geleugnet, nicht aber aus der Welt geschafft werden.

Chronik der Gewalttaten.

— **Auf dem Bahnhof Hengstei beschlagnahmten die Franzosen in dem Schnellzug Berlin—Köln einen großen Geldtransport der Reichsbank in Höhe von 12,8 Milliarden Papiermark** mit den dazu gehörigen Druckplatten.

— **Nunmehr sind sämtliche Städte des Ruhrgebiets** von Düsseldorf bis Dortmund, mit Ausnahme von Hamborn und Mülheim, **ohne Oberbürgermeister** infolge der feindlichen Massenausweisungen und Verhaftungen.

— In Ortenburg in Baden scheiterten alle französischen Versuche, den komplizierten Weichenorganismus zu bedienen. **Die Bahnbeamten rechnen mit Massenausweisungen;** die Franzosen verteilen nämlich Merkblätter in deutscher Sprache, in denen mitgeteilt wird, daß alle Beamten künftig der alliierten Rheinlandkommission unterstellt seien.

— In Dortmund sind **15 Oberrealschüler von den Franzosen verhaftet** worden, die ihrerseits die Verhaftung von zwei französischen Spitzeln veranlaßt hatten. Die Oberrealschüler wurden unter schweren Mißhandlungen festgenommen.

— In Essen wurde in dem Bankhause Nathan u. Cie. **ein frecher Raub ausgeführt.** Zwei Zivilisten — einer sprach nur französisch, der andere französisch und deutsch — erklärten den 77jährigen Inhaber für verhaftet, weil er angeblich der Schupo Vorschüsse gegeben habe. Die Banditen raubten die gesamten Valuten und mehrere Millionen deutsches Geld.

— Oberbürgermeister Havenstein und Bürgermeister Schäfer sind mit einem Auto **in Richtung Düsseldorf abtransportiert** worden. Oberstwachtmeister Niehof, Dr. Guyens und Regierungsrat Niedermeyer wurden in Richtung Werden weggebracht. Sie werden anscheinend in andere Gefängnisse übergeführt.

Fleisch- und Brotteuerung.

Versuche zur Preissenkung.

Unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Dr. Luther traten die Ernährungsminister aller deutschen Länder zu einer Konferenz in Berlin zusammen, um die Ernährungslage im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung zu besprechen. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die einen sofortigen Druck auf die Fleischpreise durchführen soll. In der Besprechung wurde besonders einer Kontrolle des Lebensmittelhandels das Wort geredet. Die Versorgung mit Fleisch, Fett und Milch müsse zu wenigstens einigermaßen erträglichen Preisen möglich sein.

Das freie Brot ist etwas billiger geworden. Im Gegensatz dazu geht der Preis für das Markenbrot andauernd in die Höhe, man spricht bereits von 1800 Mark für ein Brot infolge der Heraufsetzung des Umlagegetreidepreises auf 600 000 Mark für die Tonne Roggen in der zuständigen Kommission des Reichstages. Dieser Beschluß ist allerdings noch nicht endgültig, da die Regierung die Entscheidung treffen muß. Die Vossische Zeitung will nun erfahren haben, daß die Abwälzung des Umlagepreises auf die Verbraucher wie bisher der Regierung bedenklich erscheine. Es scheine die Auffassung zu überwiegen, daß die Preissenkungsaktion auf das schwerste gefährdet würde, wenn das wichtigste Nahrungsmittel der breiten Massen aufs neue verteuert würde. Es sei deshalb damit zu rechnen, daß eine Erhöhung der Preise für das Markenbrot vermieden werde. Gleichzeitig müsse es Aufgabe der Regierung sein, die Tarifpolitik der Eisenbahnverwaltung zu ändern und einen Abbau der Kohlensteuer vorzunehmen.

Landwirtschaftliche Woche.

n. Berlin, 22. Februar.

Im Rahmen der Landwirtschaftlichen Woche, die sich diesmal ohne die in früheren Jahren üblichen großen Propagandaversammlungen in Berlin abspielt, eröffnete die Düngerabteilung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft die Arbeiten mit einer öffentlichen Versammlung in der Philharmonie. Der Vorsitzende Schurig-Zastow wandte sich gegen den preußischen Entwurf der zukünftigen Getreidebewirtschaftung, der den Plan der Abgabe von Kunstdünger gegen Ablieferung von Getreide bringt. Nur Freiheit der Wirtschaft könne die Landwirtschaft hochbringen und sie in die Lage versetzen, ausreichend Brotgetreide für das gesamte Volk zu schaffen, nicht aber eine Wiedererneuerung oder Verewigung der Zwangswirtschaft, sei es in der einen oder der andern Form oder sei es durch Monopolisierung der Stickstoffdüngerindustrie. Die andern Redner äußerten sich in gleichem Sinne.

Die Obst- und Weinbauabteilung verhandelte über die Verwertung reicher Obsternten, wie das Jahr 1922 gebracht habe. Trotzdem seien die Obstzüchter schwer enttäuscht worden, weil die Großhändler die besondere Gelegenheit benutzt hätten, Preise zu bieten, die das Pflücken und Aufsammeln nicht mehr lohnten. Soll der Obstbau im Deutschen Reiche nicht ganz zurückgehen, so ist ein fester Zusammenschluß aller Obsterzeuger unbedingt geboten, um damit Ernte, Absatz, Versand, Konservierung und Maschinenbezug zu sichern.

Bei der Versammlung der Rinderzuchtabteilung war ein Antrag des Sonderausschusses für Tieflandrinderzucht und des Ausschusses der Rinderzuchtabteilung bemerkenswert, der dem Wunsch der Züchterverbände, ihre Rinder im Jahre 1924 noch nicht auszustellen, zustimmt. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Mehrere Vorträge über züchterische Erfahrungen und Fortschritte schlossen sich an.

Im Verein zur Förderung der Moorkultur sprach Prof. Keppeler über die Methoden, angesichts der Brennstoffnot die Methode der Torfgewinnung zu verbessern. Einen Überblick über die Entwicklung der Torfwirtschaft in Bayern gab Regierungsrat Max Harttung, Leiter der technischen Abteilung der Torfwirtschaft in München. In Bayern wurde frühzeitig das Bedürfnis geweckt, die Methoden der maschinellen Torfgewinnung und Veredelung weiter auszubilden und auszubauen.

Die Mitgliederversammlung der Vereinigung zur Hebung des Zuckerrübenbaues fand gestern unter reger Beteiligung von Vertretern der zuständigen Ministerien, der Landwirtschaftlichen Korporationen, der Zuckerindustrie, der Fertigwarenindustrie und des Handels statt. Sie kam zu einem Beschluß, in dem es heißt: Erfolgt eine Erklärung über die Aufhebung der Zwangswirtschaft zum Herbst 1923 nicht noch vor diesjähriger Frühjahrsbestellung, dann muß mit einem erheblichen Rückgang des Rübenanbaues und mit dem Zusammenbruch der deutschen Zuckerwirtschaft gerechnet werden.

Die Frauentagungen brachten bisher Versammlungen des „Reichsverbandes der Beamtinnen und Fachlehrerinnen in Haus, Garten und Landwirtschaft", in der die Förderung der ländlichen Mädchenberufsschule verlangt wurde, ferner eine Tagung des „Reisensteiner Verbandes für wirtschaftliche Frauenschulen" auf dem Lande und des „Deutschen Landpflegeverbandes". Im Jahre 1922 sind 17 neue Landpflegestationen eröffnet worden.

Schluß der Landwirtschaftlichen Woche

Berlin, 24. Februar.

In der Reihe der Veranstaltungen der Landwirtschaftlichen Woche in Berlin gewann am Freitag besondere Bedeutung die Versammlung der Betriebsabteilung. Über die „Geld- und Kreditbeschaffung" sprach zunächst Ministerialrat Fensch-Schwerin. Ein Weg zur Abhilfe sei aus den Verhältnissen heraus auf dem Gebiete der Siedlung erkannt und praktisch angewendet worden. Auf diesem Gebiet handelt es sich um Schaffung, Einrichtung und Erhaltung landwirtschaftlicher Besitzstellen, und auf keinem Gebiet muß mehr mit Kredit gewirtschaftet werden. Nach einzelnen Erscheinungen im übrigen Wirtschaftsleben hat sich auf dem Gebiet der Siedlung das System der Belastung eines Grundstückes mit Naturalwerten, und zwar Roggenrenten, ausgebildet. Dort wird diese Berentung der Grundstücke zuerst als neue Kreditbasis ausgenutzt. Der Rentenkredit wird in Form von Naturalrenten oder Naturalwertrenten Bedeutung gewinnen. Herr Dr. Keup-Berlin gibt eine kurze Schilderung der Entstehung der Roggenrentenbank, die ihre Anregung der Siedlungsarbeit verdankt. Dann weist er darauf hin, daß zwar zuerst bei der Siedlung das starke Bedürfnis nach Kredit aufgetaucht sei, mit der fortschreitenden Geldentwertung und dem im gleichen Maße immer mehr versagenden Mittel der Bargeldkreditierung aber das Bedürfnis in der Landwirtschaft ganz allgemein für Roggenwertbeleihungen gewachsen ist. Herr Rittergutsbesitzer Stubbendorf-Zapel ging besonders auf die Frage des Barkredits für die Landwirtschaft ein. Die Ausgabe von Roggenrentenbriefen und ähnlichem berge eine Gefahr, die nicht verkannt werden dürfe, daß nämlich gesetzliche Maßnahmen den Wert derselben später herunterdrücken könnten.

Die 93. Hauptversammlung der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, mit der die landwirtschaftliche Woche ihren Abschluß fand, wurde von Graf Rantzau-Breitenburg mit einer Ansprache eröffnet, die den Ruhr- und Rheindeutschen galt. Reichsernährungsminister Dr. Luther gab in einer kurzen Rede seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Tagung unter dem Zeichen der Ruhrhilfe stehe. In steigendem Maße zeige sich, daß es zwischen den Kämpfern an der Ruhr und dem übrigen deutschen Volke keinen Unterschied gäbe in dem Bewußtsein, daß es ums Ganze gehe. Er müsse immer wieder betonen, daß sich die Landwirtschaft auf eine lange Hilfeleistung einrichten müsse.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 27. Februar 1923.

□ **Zur Wetterlage.** Bis Mitte der dritten Februarwoche leistete das über Skandinavien lagernde Hochdruckgebiet dem vom Atlantischen Ozean ostwärts vordringenden Tiefdruckgebiet stärksten Widerstand; dann wurde es doch langsam nordostwärts zurückgedrängt. Infolgedessen hielt das strenge Frostwetter im Osten ziemlich gleichmäßig an. Memel meldete bis zu 15 Grad, Lyck in Ostpreußen sogar 21 Grad Kälte. Beim Vorübergang einzelner Teilwirbel fielen wiederholt stärkere Schneefälle. In Mitteldeutschland hielt der stärkere Frost bis Mitte der dritten Februarwoche an. Am 22. Februar erreichte die vom Westen vordrängende Wärmequelle das Odergebiet. Abends lag ein kleiner Teilwirbel etwa an der Elbe, während der Kern des westlichen Tiefdruckgebietes über der Irischen See lag. Im Westen lagen die Temperaturen im allgemeinen zwischen 5 und 8 Grad Wärme. Bei der gegenwärtigen Wetterlage ist für das Ostseegebiet und das nördliche Mitteldeutschland mit einer Fortdauer des gelinden Frostes zu rechnen. Im übrigen Deutschland dürften die Temperaturen überwiegend über dem Gefrierpunkt liegen. Während im Westen dementsprechend Regenfälle zu erwarten sind, ist im Osten mit wiederholten Schneefällen zu rechnen.

□ **Zinsbogen zu Reichs- und Staatsanleihen.** Die Hauptverwaltung der Staatsschulden und Reichsschulden-

Herbes Schicksal.

Roman von **H. Courths-Mahler.**

[26] (Nachdruck verboten)

Ach — wenn ich doch erst in Glossow wäre, dachte sie seufzend.

Und sie kam sich nun wieder so verlassen vor, daß ihr die Tränen kamen.

Zehntes Kapitel.

Rolf von Gerlach hatte einige Tage in Berlin zu tun gehabt und fuhr mit dem gleichen Zuge nach Hause zurück, den auch Sanna von Glossow benutzte. Er hatte jedoch unterwegs die junge Dame, die ganz allein in dem Abteil erster Klasse fuhr, gar nicht beachtet, trotzdem er einige Male an ihrem Abteil vorübergegangen war. Nun hielt der Zug auf der Station Gosserow. Der junge Freiherr stieg aus und sah zu seinem Erstaunen, daß die junge, elegant gekleidete Dame mit dem so auffallend uneleganten Reisegepäck ebenfalls hier ausstieg.

Sonst verließ niemand auf dieser Station den Zug. Badegäste gab es um diese Zeit in Gosserow noch nicht, sonst wäre ihm die elegante, einsame Reisende kaum so aufgefallen, wie sie es jetzt tat.

Unwillkürlich blieb er stehen, ehe er auf seinen wartenden Wagen zuschritt, und sah der schlanken Gestalt nach, die mit unsicheren Blicken um sich sah und dann zaghaft auf den Stationsvorsteher zutrat.

„Ist vielleicht ein Wagen von Glossow hier?" hörte er sie fragen. Er stutzte und trat interessiert näher heran. Seine Augen suchten forschend auf dem blassen, müden, aber entschieden sehr reizenden Gesicht der jungen Dame.

Eine entschieden distinguierte Dame, die erster Klasse gefahren war und trotz des Pappkartons einen vornehmen Eindruck machte — was wollte die in Glossow? Dort wohnte doch nur der Verwalter und die Beamten und Dienstboten.

Der Stationsvorsteher gab Bescheid. Nein, es sei kein Wagen aus Glossow da, nur der Wagen des gnädigen Herrn aus Gerlachsheim.

Damit zeigte der Beamte auf den herantretenden Freiherrn.

Sanna sah mit hilflosem, ängstlichem Blick zu dem eleganten aristokratisch aussehenden jungen Mann empor. Der Name Gerlachsheim erschien ihr bekannt.

Rolf von Gerlach zog artig den Hut und verneigte sich und nannte seinen Namen.

„Kann ich Ihnen irgendwie dienlich oder behilflich sein, mein gnädiges Fräulein?" fragte er artig.

Sie sah ihn unschlüssig an und ein helles Rot schoß in ihr Gesicht, das nun noch viel reizender erschien.

„Vielleicht können Sie mir Auskunft geben, mein Herr, wie ich nach Glossow gelangen kann. Ich hatte von Berlin aus depeschieren lassen und um einen Wagen gebeten. Vielleicht wurde mein Telegramm nicht pünktlich besorgt, oder es war zu spät. Ist hier keine andere Fahrgelegenheit zu haben? Oder kann man zu Fuß nach Glossow gelangen?" fragte sie zaghaft.

„Wenn ich Ihnen meinen Wagen zur Verfügung stellen darf, mein gnädiges Fräulein? Ich wohne in nächster Nachbarschaft von Glossow und mein Weg führt daran vorüber."

Ihre Augen blickten so hilflos und verzagt, daß es ihn rührte.

„Ich weiß nicht, ob ich das annehmen darf. Indes — es ist schon so spät — und ich weiß nicht, ob mein Telegramm überhaupt besorgt wurde. Ich gab es einem Speisewagenkellner."

„Darf ich fragen, wann?"

Sie nannte ihm die Zeit ihrer Ankunft in Berlin.

„Dann kann es frühestens jetzt in Glossow eingetroffen sein — so schnell ist hier bei uns die Beförderung nicht. Jedenfalls müßten Sie noch sehr lange auf einen Wagen aus Glossow warten. Ein annehmbarer Wartesaal ist hier nicht vorhanden. Also bitte, bedienen Sie sich lieber meines Wagens, ich fahre Sie gern nach Glossow. Sie wollen gewiß zum Herrn Verwalter Heerfurt, der mir sehr wohl bekannt ist."

Sanna atmete auf. Ein Gefühl, als könne sie diesem vornehmen jungen Mann mit den edel geschnittenen Zügen und den offenen ehrlichen Augen vertrauen, erfüllte ihr Herz. Ihre Augen blickten etwas mutiger und sicherer.

„Wenn Sie mir wirklich gestatten wollen und es Ihnen keine zu große Mühe macht, dann will ich Ihr freundliches Anerbieten gern annehmen. Ich bin Susanne von Glossow."

Er zuckte leise zusammen, als sie so schlicht und ruhig ihren Namen nannte. Sie sah dies Zusammenzucken, und plötzlich war ihr zumute, als müsse sie ihr Gesicht schamhaft verbergen, weil sie diesen Namen führte. Ein schneidendes Weh durchzuckte ihr Herz und sie dachte bedrückt: „Jetzt reut es ihn vielleicht, dir seinen Wagen angeboten zu haben, nun er weiß, wer du bist."

Er hatte sich schnell gefaßt und verbeugte sich artig.

„Ich bitte sehr, mein gnädiges Fräulein, mir zu dem Wagen zu folgen."

Sie schritt an seiner Seite dahin.

Es war ein eleganter, hochsitziger Jagdwagen, der bereit stand.

„Wenn ich geahnt hätte, daß ich eine Dame als Mitpassagier erhielt, dann hätte ich einen geschlossenen Wagen bestellt, mein gnädiges Fräulein."

„Hoffentlich ist Ihnen die Fahrt nicht zu kalt," sagte er, als er ihr beim Einsteigen half.

Sanna schüttelte den Kopf.

„Ich werde nicht frieren. Und wenn auch — die Hauptsache ist, daß ich nach Glossow komme," antwortete sie leise.

Er breitete aber doch sorglich eine warme Wagendecke über sie aus. Da mußte sie an jene Nacht denken, die sie in Gemeinschaft mit dem alten Friedrich verbracht hatte. Der hatte auch so sorglich und selbstverständlich eine warme Decke über sie gebreitet. Und wie in jener Nacht, überkam sie unter der warmen Decke ein Gefühl des Geborgenseins.

Sie dankte ihm und drückte sich in die Ecke, damit er bequem ihr gegenüber Platz hatte.

„Ich beraube Sie Ihrer Decke," sagte sie mit ihrem schüchternen, weichen Stimmchen, das ihm seltsam zum Herzen drang.

„Bitte sehr, ich bedarf ihrer nicht. Brauche ich eine Hülle, dann lasse ich mir vom Kutscher eine Pferdedecke geben. Sie können die Decke ganz beruhigt und ohne Gewissensbisse benutzen," erwiderte er scherzend, um ihre Scheu zu besiegen. Und nun fuhr der Wagen davon in eine Sanna unbekannte Gegend, die von hellem Vollmondschein erleuchtet war.

Schweigend saßen sich die beiden jungen Menschen eine Weile gegenüber.

Rolf von Gerlach sah verstohlen in das blasse, liebliche Gesicht seiner Begleiterin, über das der Mond einen verklärenden Schimmer warf. Das feine Profil war ihm zugekehrt und er sah, daß sich die langen, dunklen Wimpern gehoben hatten, und daß die Augen der jungen Dame noch immer hilflos und verzagt blickten.

(Fortsetzung folgt).

Landwirtschaftliches.

Zur Lage.

Von Hepp-Seelbach, M. d. R. und Vorsitzender des Reichs-Landbundes.)

Der Waffengang von 1870/71 war zu Deutschlands Gunsten entschieden — ein Frieden folgte ihm, der Frankreich die Möglichkeit der Wiedererholung gab. Dem Kriegshandwerk folgte die Friedensarbeit, in der Deutschland nur ein Ziel hatte: mit seinem Nachbarn im Westen, Segnungen des Friedens, Leistungen in Wirtschaft und Kultur zu teilen. Der Friede von Frankfurt war ein wirklicher Friedensakt, war tatsächlicher Kriegsabschluß und Einleitung zu friedlicher Arbeit. Der Friede von Versailles ist Fortsetzung des Krieges, ist ein langsames Abwürgen deutschen Lebens. Heute gibt es in Deutschland niemand mehr, der an die sogenannten Segnungen dieses Friedens glaubt. Ernüchterung, Erbitterung und Verzweiflung, das sind seelische Wandlungen und Steigerungen, die unser Volk in den sogenannten vier Friedensjahren an sich erlebt hat. Frankreich will keinen Frieden haben. Die heutige politische französische Leitung und in ihr ihr hervorragender Vertreter Poincaré hat das französische Volk in eine Kriegs- und Eroberungsstimmung hineingeführt, die einen neuen Sieg nach dem anderen buchen muß. Der Imperialismus Frankreichs wird sich schließlich auch an der Niederwerfung Deutschlands nicht sättigen. Das sei dem Ausland gesagt. Er ist wie ein reißendes Tier, das vom Kampf lebt. Sein Ziel ist: Herrschaft in Europa. Zu diesem Zweck muß Deutschland, ein 60-Millionen-Volk, das heute militärisch, wirtschaftlich gebrochen doch noch die Zukunft in sich trägt, von der Landkarte Europas verschwinden.

Am unverhülltesten ist der französische Vernichtungswille in den letzten fünf Wochen in Erscheinung getreten. Poincaré ist es gelungen, angebliche Verfehlungen Deutschlands bei Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen zu konstruieren. Den Vorwand zum französischen Vorgehen bot der Umstand, daß Kohlen- und Holzlieferungen nicht voll geleistet waren. Diese sogenannten „Verfehlungen" sind angesichts dessen, was Deutschland bereits geleistet hat, so geringfügig, daß sie jedenfalls in keinem Verhältnis stehen zu den militärischen Aufmarschbewegungen, die Frankreich inzwischen im Rahmen seiner Sanktionspolitik insbesondere im Ruhrgebiet gemacht hat. Hierbei verdient eine Zahl festgehalten zu werden, die Frankreichs Vorgehen für alle Ewigkeit brandmarkt: Nach deutschen Statistiken beläuft sich die Zahl der im Dezember 1922 an Frankreich wirklich gelieferten Reparationskohle auf 1 515 373 Tonnen, während Deutschland hätte liefern sollen 1 600 000 Tonnen. Dieses Defizit von 84 627 Tonnen ist dadurch begründet, daß Frankreich in immer stärkerem Maße die Abgabe von Qualitätskohle verlangte und mindere Sorten zurückwies. So sind die Verfehlungen Deutschlands für Frankreich weiter nichts als ein Vorwand, den lange vorbereiteten Schlag gegen Deutschland zur Ausführung zu bringen, und zweifellos hätte französische Heuchelei eine andere „Verfehlung" gefunden, wenn Deutschland die Holz- und Kohlenlieferungen erfüllt hätte.

Der Einbruch in die Ruhr ist die Einleitung zum Endkampf. Das Ringen um Deutschlands Stellung unter den Völkern der Welt ist in sein letztes Stadium getreten. Cuno—Poincaré—Deutschland—Frankreich, Freiheit oder Knechtschaft, Wiedererstarkung oder Zusammenbruch — unter dieser Parole vollzieht sich dieses Ringen, in dem nicht die Macht der Waffen, sondern die moralischen, sittlichen Werte eines Volkes den Sieg davontragen werden.

Die Besetzung badischen Landes ist der Gipfel französischer Tyrannei. Der Ruhm eines Ludwig XIV. scheint Poincaré, Frankreichs Sonnenkönig aus dem Stande der Advokaten, nicht ruhen zu lassen. Mit den Horden eines Melac, dem Mordbrenner von Heidelberg, wetteifert das Frankreich Fochs und Poincarés. Der badische Raubzug aber sollte denen die Augen öffnen, die heute noch an Poincarés Politik der produktiven Pfänder glauben. Damit hat Frankreich die heuchlerische Maske von seinem Gesicht gerissen. Voltaire hat einmal von der französischen Nation gesagt, sie sei halb Affe, halb Tiger. Heute erkennen wir in Frankreich das reißende Tier, das sich nicht scheut, deutsche Krankenhäuser ausräumen zu lassen, die letzten Schulen zu schließen, wehrlose, friedliche Männer und Frauen anzufallen, dessen maßlose Frechheit sich dazu versteigt, deutschen Ministern die Einreise in das besetzte Gebiet zu untersagen.

Heute spricht niemand mehr in Frankreich von nicht gelieferter Kohle und Holz. Man hat die Maske fallen lassen. Wie sollte man mit einem Heer von einigen hunderttausend Mann die Eintreibung von 84 000 Tonnen begründen wollen? Oder ist es die Angst vor der 100 000 Mann starken Reichswehr, die keine Tanks, keine schweren Batterien, keine Fliegergeschwader, keine Gaswaffen hat? Wie muß das deutsche Volk so groß und herrlich, die deutsche Armee so machtvoll, Deutschlands letzter Soldat so tüchtig gewesen sein, wenn heute Frankreich in Erinnerung an deutsche Waffentaten Armeen aufbietet, um im entwaffneten deutschen Landen zu plündern.

Nicht nachlassen!

Der Druck der Franzosen und Belgier an Ruhr und Rhein nimmt zu, — aber in verstärktem Maße wächst der Widerstand unserer deutschen Brüder gegen die französische Niedertracht. — In Einigkeit stehen alle zusammen, um Recht und Freiheit für sich und uns zu erkämpfen.

Das unbesetzte Deutschland stützt seine Frontkämpfer an Ruhr und Rhein. Es führt ihnen Lebensmittel und Geld zu. Große Mengen sind schon aufgebracht. Die Landwirtschaft steht, dank der Wirksamkeit des Reichslandbundes, hierbei an hervorragender Stelle.

Aber es gilt eine Millionen-Bevölkerung auf lange Zeit zu versorgen, damit sie ihren Heldenkampf durchführen kann bis zum endlichen Siege.

Gewaltige, immer von neuem fließende Hilfsmittel sind erforderlich!

Darum nicht nachlassen in selbstlosem Geben!

Berlin, 26 Febr. An der heutigen Frühbörse notierte der Dollar 22 650.

Schriftleitung: Wilhelm Beß, Halver i. Westf.

Gedenket der Ruhr-Spende!

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen unsern innigsten Dank.

Familie Wwe. Aug. Cordt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Töchterchens

Charlotte

sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Familie Hugo Halverscheid.

Trauerbriefe

werden schnell und billig
∴ angefertigt in der ∴
Buchdruckerei
Wilh. Bell jr., Halver.

Aenderungen im Steuerabzug vom Arbeitslohn.

1 Der Arbeitslohn alle dem Lohnabzug unterliegenden Arbeitnehmer, der auf die letzten 6 vollen Arbeitstage des Monats Februar 1923 entfällt, bleibt vom Steuerabzug nach Maßgabe des § 46 R. E. G. befreit.

2. Die in § 46 A. O. vorgesehenen Ermäßigungssätze für den Steuerpflichtigen und seine zur Haushaltung zählende Ehefrau — bisher monatlich 200.— Mk. — für die zur Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder im Sinne des § 17 Abs. 2 R. G. E. — bisher monatlich 1000 — Mk — sowie die zur Abgeltung nach § 13 Abs. 1 Nr. 1—7 R. G. E. zulässigen Abzüge — bisher monatlich 1000 — Mk — werden für die nach dem 28. Februar 1923 erfolgenden Zahlungen von nach dem 28. Februar 1923 fällig gewordenen Arbeitslohn auf jeweilig den vierfachen Betrag erhöht.

Lüdenscheid, den 23. Februar 1923.

Finanzamt,
Dr. Plew, Regierungsrat.

Holzverkauf.

Wir werden

ca. 40 gefällte hochstämmige Fichten, darunter einige Buchen sowie ca. 2500 gefällte Fichtenstangen verschiedener Stärke

am **Mittwoch, den 7. März ds. Js.** an Ort und Stelle öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung verkaufen.

Treffpunkt für Käufer um 2 Uhr nachm. auf dem Friedhof in Halver.

Halver, den 26 Februar 1923

Das Presbyterium der evangl Kirchengemeinde:
Pastor D Dresbach

Allgemeine Ortskrankenkasse der Gemeinde Halver.

Ausschuß-Sitzung

am **Sonntag, den 4. März 1923,** nachm. 4½ Uhr im Lokal Fasbender.

Tagesordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung für 1922
2. Verschiedenes.

Der Vorsitzende des Vorstandes.

Habe stets auf Lager:
Große Auswahl in:

Herren-Anzüge
„ Hosen
„ Paletots
„ Schlüpfer
„ Lodenjoppen
usw.

Damen-Kleider in Wolle u. Voal
Damen-Mäntel
Kostüm-Röcke
Woll- und Seiden-Jumper, Stoff-Blusen
usw.

Paul Schulte,
Herren- und Damen-Konfektion,
Halver i. W., Obernherweg Nr. 1.



in vorzügl. reißfester Qualität liefert zu vorteilhaften Preisen an den Großhandel und die metallverarbeitende Industrie

August Liese,
HAGEN i. W.
Papier- u. Packmaterialien-Großh.
= Fernsprecher Nr 3948. =

Motoren
auch zur
Miete
in großer Auswahl
Reparaturen
Wickelungen : Kollektoren.
Elektrizitäts-Gesellschaft
Brückner & Co. G.m.b.H.
C. Schniewindt Nachf.
Hagen i. W., Bergstr. 123.
Tel.-Adr.: Dynamo.
Tel. 259/3916

Anzeigen aller Art

Familien-Nachrichten, Stellengesuche und -Angebote, Kauf- u. Verkaufs- anzeigen usw.

in auswärtigen Zeitungen

besorgt ohne Preisaufschlag die

Geschäftsstelle des
Allgemeinen Anzeigers,
Halver.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir
Nadelholzbestände
aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen
Nörtemann & Co., Holzhandlung, Hagen i. W.
209 Fernruf 1897 und 3965

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)
Pianos
Flügel - Harmoniums
Verkauf an Private.
Roth & Junius
Hof-Piano- und Flügelfabrik
Filiale: Berlin Hardenbergstr. 14.
Hagen i. W. Bahnhofstraße 29.
NB. Eintausch und Ankauf von gebrauchten Instrumenten Stimmungen und Reparaturen.

Wirteverein Halver.

Dienstag, den 27. d. M., nachm. 5 Uhr
Versammlung
bei Fasbender.

Sämtliche
Brot- und Zuckermarken
einer kinderr Familie **verloren.** Gegen Belohnung abzugeben in der Geschst. des Allgem. Anz, Halver.

Angebot auf größere Mengen
prima Ziegeleikohlen
erbittet
Karl Pietschmann,
Höchst a. Main.

Erhalte in den nächsten Tagen einen Waggon
Torfstreu
Bestellungen nehme entgegen
Alb. Herdepe, Halver
Telefon 40.

Zur Konfirmation
empfehle:
Gesangbücher, Bibeln usw.
Wilh. Bell jr.,
Halver i. W.

Wir **kaufen ständig:**
Alteisen, Altmetalle
(Blei, Kupfer, Messing, Zink)
zu angemessenen Tagespreisen. Größere Posten werden abgeholt. 2022
Firma Häusler, Kierspe-Bhf.
Telefon 143, Amt Meinerhz.

Tabak
empfiehlt
F. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.